

Ausschuss für Klima- und Umweltschutz

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Klima- und Umweltschutz - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 20.09.2022
Raum: Neue Aula der KGS Rastede, Bahnhofstraße 5, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:10 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Max Kunze B90/Grüne

ordentliche Mitglieder

Herr Dieter Ahlers CDU

Herr Tim Kammer CDU

Herr stv. BM Kai Kupperbusch CDU für Dierk von Essen

Herr Hendrik Lehnert CDU für Sylke Heilker

Frau Anne Brandt SPD

Frau Kerstin Icken SPD

Frau Kiana Kramer SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Frau Dr. Sabine Eyting B90/Grüne

Herr Christian Meyer-Hullmann FDP

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Stefan Unnewehr

Frau Evelyn Brudler

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

Gäste

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr Jan Hoffmann B90/Grüne

Herr Dieter von Essen Ehrenratsmitglied

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung

Frau Kathrin Janout von der Rasteder Rundschau

Herr Hannes Korte vom Büro Diekmann, Mosebach & Partner

Frau Janina Lasar vom Büro Diekmann, Mosebach & Partner

sowie 20 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Frau Sylke Heilker CDU

Herr Dierk von Essen CDU

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 05.09.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Windpotenzialstudie 2022
Vorlage: 2022/149
- 6 Potenzialanalyse Photovoltaik-Freiflächenanlagen
Vorlage: 2022/147
- 7 Öffentliche Ladesäulen in der Gemeinde - Antrag Gruppe SPD/UWG
Vorlage: 2022/143
- 8 Anfragen und Hinweise
- 9 Einwohnerfragestunde
- 10 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kunze eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima- und Umweltschutz um 18:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kunze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Klima- und Umweltschutz beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 05.09.2022

Der Ausschuss für Klima- und Umweltschutz beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima- und Umweltschutz vom 05.09.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 5

Windpotenzialstudie 2022

Vorlage: 2022/149

Sitzungsverlauf:

Herr Korte vom Planungsbüro Diekmann, Mosebach und Partner stellt anhand einer umfangreichen Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist, die künftigen gesetzlichen Vorgaben, den bisherigen Ausbaustand, die erforderlichen Ausbauziele, die Suchräume sowie die weichen und harten Tabuzonen vor, wobei er insbesondere darauf hinweist, dass bei einem bislang noch nicht exakt feststehenden aber realistischen Flächenbeitragswert von 2,2 Prozent (Anteil an der Gemeindefläche) bis 2033 rund 270 ha für die Windenergie zur Verfügung gestellt werden müssen, um auch künftig eine Ausschlusswirkung erzielen zu können. Vor diesem Hintergrund ist ein entsprechender Suchraum mit einer Größe von 271 ha (Rotor-in) beziehungsweise 381 ha (Rotor-out) gewählt worden, der im weiteren Verfahren noch detailliert untersucht werden muss. Im Vergleich steht zurzeit eine anrechenbare Fläche von 69 ha für die Windenergie zur Verfügung, was 0,56 Prozent der Gesamtfläche der Gemeinde Rastede entspricht.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Eyting hinsichtlich möglicher Veränderungen der Kriterien erklärt Herr Korte, dass auf Basis des heutigen Arbeitsstands eine öffentliche Beteiligung erfolgt, in der Anregungen und Hinweise selbstverständlich auch aus der Politik mit einfließen können, sodass zunächst damit keine zeitlichen Verzögerungen einhergehen.

Auf weitere Anfrage von Herrn Meyer-Hullmann betont Herr Korte, dass die Landschaftsschutzgebiete nach aktueller Gesetzeslage für die Windenergie ausgeschlossen sind und die entsprechenden Flächen nicht weiter berücksichtigt wurden.

Frau Sager-Gertje erkundigt sich, ob der Flächenbeitragswert nur auf die Gemeinde runtergebrochen wird, oder für den gesamten Landkreis Gültigkeit haben wird. Sie stellt in diesem Zusammenhang konkret die Frage, was passieren würde, wenn Rastede den Flächenbeitragswert erreicht, während beispielsweise Wiefelstede und/oder andere Ammerland-Kommunen nicht genügend Flächen ausweisen.

Herr Korte führt aus, dass der Flächenbeitragswert mit großer Wahrscheinlichkeit für den gesamten Landkreis gelten werde, sodass im geschilderten Fall bei nicht Erreichen des Flächenbeitragswertes im Landkreis Ammerland auch in Rastede trotz entsprechender Ausweisung von Fläche, Windenergieanlagen als privilegierte Vorhaben im Außenbereich zulässig wären. Er weist allerdings darauf hin, dass alle Kommunen im Ammerland derzeit ein großes Interesse daran haben, die Flächenbeitragswerte zu erreichen, um einen sogenannten Wildwuchs von Windenergieanlagen verhindern zu können.

Frau Dr. Eyting spricht sich dafür aus, den Untersuchungsraum jetzt groß genug zu fassen, um im Nachgang problemlos noch Korrekturen und Veränderungen bei den Flächenzuschnitten vornehmen zu können.

Im weiteren Verlauf werden von Herrn Ahlers, Frau Sager-Gertje und Frau Dr. Eyting noch weitere Verständnisfragen gestellt, die von Herrn Korte beantwortet werden.

Herr Kammer begrüßt die vorgelegten Planungen, die als Grundlage für eine umfassende Bürgerbeteiligung - gegebenenfalls auch in einer weitergehenden Informationsveranstaltung - aussagekräftige Informationen enthalten. Ziel sollte es letztendlich sein, eine Planung zu erstellen, die im Einklang mit der Tier- und Pflanzenwelt, der Landschaft sowie den Menschen steht.

Frau Sager-Gertje bemerkt, dass sich die Gemeinde Rastede den gesetzlichen Vorgaben nicht entziehen kann und die weitergehende Planung auf den Weg gebracht werden sollte. Sie spricht sich dafür aus, die faunistischen Untersuchungen auf die gelben Flächen in den Suchräumen auszudehnen, um wie von Frau Dr. Eyting schon angeregt, Gestaltungsspielraum bei den nachfolgenden Beratungen zu haben.

Frau Dr. Eyting schließt sich den Ausführungen von Frau Sager-Gertje an und spricht sich ebenfalls dafür aus, die weitergehenden Untersuchungen auf die gelben Bereiche mit den weichen Tabuzonen in den Suchräumen auszudehnen.

Herr Meyer-Hullmann betont abschließend, dass es der richtige Weg sei, die ausgewiesenen Suchräume vollumfänglich zu untersuchen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurf der Windpotenzialstudie 2022 wird zur Kenntnis genommen. Es wird angestrebt, zusätzlich zu den vorhandenen Flächen zur Errichtung von Windenergieanlagen der Windpotentialstudie 2016 weitere Flächen von wenigstens 272 ha bereitzustellen.
2. Auf der Grundlage des Planentwurfes sowie der Beratungen des Ausschusses für Klima und Umwelt vom 20.09.2022 erfolgt die Beteiligung der Einwohner und der Träger öffentlicher Belange.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

**Potenzialanalyse Photovoltaik-Freiflächenanlagen
Vorlage: 2022/147**

Sitzungsverlauf:

Frau Lasar vom Planungsbüro Diekmann, Mosebach & Partner stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) unter anderem die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die Vorgehensweise bei der Ermittlung von geeigneten Flächen sowie die naturschutzrechtlichen Bedingungen für die Erstellung von Photovoltaikanlagen vor, wobei sie abschließend darauf aufmerksam macht, dass rund 9 Prozent des Gemeindegebiets (1130 ha) der Gunstfläche 1. Ordnung zuzuordnen sind. Letztendlich stünden damit ausreichend Möglichkeiten zur Verfügung, um zu prüfen, inwieweit ein Bedarf an Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen besteht. Zusammenfassend empfiehlt sie in Abstimmung mit der Verwaltung, keine Konzentrationsflächenplanung vorzunehmen, jedoch für Photovoltaikanlagen eine Mindestgröße von 10 ha festzulegen, um eine sogenannte „Briefmarkenplanung“ zu vermeiden.

Herr Ahlers zeigt sich verwundert, dass Photovoltaikanlagen auch künftig nicht in Landschaftsschutzgebieten zulässig sind, während für Windenergieanlagen diese Fläche voraussichtlich ab nächsten Jahr genutzt werden dürfen. Dessen ungeachtet legt er dar, dass eine Mindestgröße von 10 ha relativ groß ist, was insbesondere kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe vor Probleme stellt, Freiflächenphotovoltaikanlagen auf ihren Flächen zu installieren.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung bewusst auf eine großflächige Planung gesetzt wurde, damit nicht dutzende von kleineren Anlagen über das gesamte Gemeindegebiet verteilt entstehen.

Frau Dr. Eyting führt aus, dass die 10-ha-Grenze kein striktes Ausschlusskriterium sein muss, sondern gegebenenfalls auch Einzelfallentscheidungen im jeweils erforderlichen Bauleitplanverfahren möglich sein sollten.

Im weiteren Verlauf werden seitens der Ausschussmitglieder noch einige Verständnisfragen gestellt und von Frau Lasar beantwortet.

Frau Sager-Gertje betont, dass sie sehr gut den vierteiligen Beschlussvorschlag mit der vorgesehenen Beteiligung der Öffentlichkeit mittragen kann, der eine weitere Möglichkeit eröffnet, einen wichtigen Schritt zur angestrebten Klimaneutralität zu vollziehen. Darüber hinaus bewertet sie die Potenzialanalyse als wichtige Entscheidungshilfe für die Politik, um über anstehende Anträge entscheiden zu können.

Herr Kammer signalisiert ebenfalls Zustimmung, bemerkt jedoch, dass die CDU-Fraktion sich auch eine Mindestgröße von 5 ha vorstellen kann, um Landwirten vor Ort die Möglichkeit zu eröffnen, sich ein weiteres wirtschaftliches Standbein schaffen zu können. Im Übrigen bleibt die öffentliche Beteiligung abzuwarten, um zu schauen, in welchen Bereichen eventuell noch nachjustiert werden muss.

Frau Dr. Eying bemerkt, dass die Kriterien sinnvoll gewählt wurden, jedoch sich die Politik weitere Gestaltungsmöglichkeiten offen halten sollte, um auf Erfahrungen und den noch anstehenden wichtigen öffentlichen Beteiligungsprozess reagieren zu können.

Herr Meyer-Hullmann begrüßt ebenfalls die vorgestellte Vorgehensweise, weist allerdings darauf hin, dass nicht nur Strom aus fossilen Energiequellen ausgeglichen werden muss, sodass es sinnvoll wäre, möglichst viele Flächen gegebenenfalls auch für anderweitige Maßnahmen in Augenschein zu nehmen. Dessen ungeachtet ist aber auch darauf zu achten, dass die weiteren Planungen im Einklang mit der Landwirtschaft erfolgen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Entwurf der Potenzialanalyse für den Bereich Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-F) wird zur Kenntnis genommen.
2. Es wird angestrebt, die Gunstflächen der 1. Ordnung ab einer zusammenhängenden Mindestgröße von 10 ha für Zwecke der Errichtung von PV-F zu berücksichtigen.
3. Der Entwurf der Checkliste für PV-F gemäß Ziffer 6.0 des Erläuterungsberichtes zum Standortkonzept findet in der jeweiligen Fassung Anwendung.
4. Auf der Grundlage des Planentwurfes Nr. 9 der PV-F sowie der Beratung des Ausschusses für Klima und Umwelt vom 20.09.2022 erfolgt die Beteiligung der Einwohner und der Träger öffentlicher Belange.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Öffentliche Ladesäulen in der Gemeinde - Antrag Gruppe SPD/UWG
Vorlage: 2022/143

Sitzungsverlauf:

Frau Sager-Gertje legt zunächst noch einmal die Beweggründe für die Antragstellung sowie die wesentlichen Inhalte des Antrags dar und bemerkt, dass die vorgesehene Erstellung eines Masterplans sicherlich hilfreich sein kann, um das angestrebte Ziel, die Anzahl der Ladesäulen in der Gemeinde Rastede deutlich zu erhöhen, zu erreichen. Gleichwohl sollte auch unabhängig von der Erstellung des Masterplans versucht werden, die Ladeinfrastruktur in Rastede jetzt schon weiter auszubauen.

Herr Unnewehr weist darauf hin, dass seitens des Bundes in einem entsprechenden Regierungsentwurf empfohlen wird, einen Masterplan für den Aufbau der Ladeinfrastruktur zu erstellen, um somit eine wichtige Voraussetzung zu schaffen, einen zügigen und koordinierten Ladeinfrastrukturaufbau schnellstmöglich realisieren zu können.

Auf Nachfrage von Frau Sager-Gertje erklärt Herr Unnewehr, dass hinsichtlich der Zuschussgewährung noch kein konkreter Förderantrag vorliegt, jedoch seitens der Verwaltung versucht wird, Drittmittel einzuwerben.

Frau Dr. Eyting weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag vorsieht, dass ein Ladeinfrastruktur-Masterplan nur erstellt wird, sofern hierfür Drittmittel zur Verfügung stehen.

Herr Kammer unterbreitet ergänzend den Vorschlag, den Halbsatz zu ändern und die Erstellung des Masterplans unabhängig von einer Förderung zu machen, gleichwohl aber zwischenzeitlich zu versuchen, Drittmittel einzuwerben.

Frau Dr. Eyting und Frau Sager-Gertje sprechen sich übereinstimmend dafür aus, unabhängig von der Erstellung des Masterplans konkrete Projekte weiter zeitnah zu verfolgen und mögliche Investoren zu ermutigen, beispielsweise vor Verbrauchermärkten oder anderen öffentlichen Einrichtungen Ladesäulen zu installieren.

Bürgermeister Krause bemerkt, dass die Verwaltung diesbezüglich in Gesprächen ist und Investoren mittlerweile selbst ein großes Interesse daran haben, potenziellen Kunden einen Mehrwert beispielsweise in Form einer Lademöglichkeit anzubieten.

Im weiteren Verlauf befürworten Herr Meyer-Hullmann, Frau Dr. Eyting, Herr Kammer und Frau Sager-Gertje die vorgeschlagene Anpassung des Beschlussvorschlags und das grundsätzliche weitere Vorgehen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des 3. Quartals 2023 einen Ladeinfrastruktur-Masterplan für die Gemeinde Rastede zu erarbeiten. Hierfür sollten

nach Möglichkeit Drittmittel eingeworben werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Anfragen und Hinweise

Es werden keine Anfragen gestellt beziehungsweise Hinweise gegeben.

Tagesordnungspunkt 9

Einwohnerfragestunde

Herr Kunze weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Veröffentlichung der Planungsunterlagen
- Mögliche Beeinträchtigung für den Modellflugplatz im Hankhauser Moor
- Bedingungen für Freiflächen-PV-Anlage

Tagesordnungspunkt 10

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kunze schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima- und Umweltschutz um 20:10 Uhr.